

Erscheint vierzehntägig

V. b. b.

PROLETARIAT ALLER LÄNDER
VEREINIGT SICH!

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

10 Nummern S 150 (inkl Postzustellung)
Oesterr. Postsparkassonkonto Nr 119471

(OPPOSITION)

Redaktion und Administration
XVI, Kirchstetterngasse 19/10, Tel R-30-9-58

Preis 15 Groschen

März 1932

6. Jahrgang, Nr. 96

Seipels „Krankheit“

Der schwarz-gelbe Faschismus visierte auf den Entscheidungskampf für Mitte März. Laval's Sturz und Hindenburgs Kandidatur führten zu Seipels „Krankheit“, die maskieren soll, daß infolge äußerer Ereignisse der schwarz-gelb-faschistische Staatsstreich für einige Zeit verschoben wurde. Seipel u. Co. warten den 13. März ab. Selbstverständlich nicht passiv. Die Schwarz-Gelben rüsten auf der ganzen Front. Ihr Kienböck ist mitten dran, von der Nationalbank aus der Regierung Büresch das Bein zu stellen. Zu all den Milliarden Opfern fordert er nun plötzlich noch 400 Millionen Schilling. Die Schwierigkeiten wachsen. Nicht nur die Schwierigkeiten der Regierung. Sondern auch die Schwierigkeiten im ganzen Wirtschaftslieben. Sie wachsen nicht nur unter dem Drucke der Wirtschaftskrise. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß diese Schwierigkeiten vollkommen bewußt und systematisch von der Großbourgeoisie auf das äußerste gesteigert werden als planmäßige Vorbereitung für die Donauföderation und den anrollenden schwarz-gelben faschistisch-monarchistischen Staatsstreich.

Die Regierung taumelt hin und her zwischen allen möglichen Plänen, die sich allerdings auf einer Linie bewegen: die Massen noch mehr auszuplündern, die Starrheit der Produktionskosten noch mehr zu lockern, die Ausbeutung der Massen noch mehr zu steigern und unter dem Mantel einer «beiderseitigen» Entwaffnung den Arbeitern den letzten Rest von Waffen zu rauben. Und nun kommt noch das Notbudget dazu. Um 200 bis 300 Millionen Schilling sollen die Staatsausgaben herabgesetzt werden auf Kosten der Arbeiter.

Was tut die Sozialdemokratie demgegenüber? Sie meckert um die 40-Stunden-Woche «um jeden Preis». Das heißt um eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich: einem Teil der Arbeitslosen soll geholfen werden durch die noch tiefere Senkung der Löhne der beschäftigten Arbeiter. Der ganze Kanak der Sozialdemokratie geht darum, «die demokratischen Kräfte im Bürgertum — die aber nirgendswo zu sehen sind — endlich zu überzeugen, daß kein stabiles und kräftiges Regieren in Oesterreich mehr möglich ist ohne und gegen die Sozialdemokratie». Das heißt, der ganze Kampf der Sozialdemokratie ist zugespitzt auf die Koalitionsregierung mit der Bourgeoisie.

Vom Rathausplatz vorwärts zum Ballhausplatz! Breitner muß Finanzminister werden! Die Sozialdemokratie muß in die Regierung! Koalitionsregierung! Auf dieser Linie führt die Sozialdemokratie auch die Gemeindevahlen. Sie will die sozialdemokratische Position im Wiener Gemeinderat nicht nur behaupten, sie will durch Sieg in den Gemeindevahlen darüber hinaus die Bildung einer Koalitionsregierung von Bourgeoisie und Sozial-

demokratie herbeiführen. In der Rede zur Regierungserklärung gab Danneberg im Namen der Sozialdemokratie die Lösung: **Neuwahlen!** Nämlich zur Bildung einer Koalitionsregierung. Die Sozialdemokratie gedenkt durch Sieg in den Gemeindevahlen Neuwahlen und durch Sieg in den Neuwahlen ihr Hochziel herbeizuführen, die Koalitionsregierung mit der Bourgeoisie. Nach der neuesten sozialdemokratischen Theorie würde eine Regierung von Bourgeoisie und Sozialdemokratie keine Koalitionsregierung sein. Denn durch die «Wiener Allgemeine Zeitung» vom 1. März, dieses halboffizielle Blatt der Sozialdemokratie, werden wir befehrt, in Oesterreich sei die Bourgeoisie ein überflüssiges Element. Oesterreich habe keine Kapitalisten mehr, sondern nur noch «eine große Schnorrermasse»...

In den letzten Jahren betreibt die Sozialdemokratie die Unterstützung der Bourgeoisie verkappt in der Form der Tolerierungspolitik. Das Wesen dieser Politik besteht darin, daß die Sozialdemokratie der bürgerlichen Regierung parlamentarisch entgegenkommt und vor allem jeden außerparlamentarischen Kampf gegen die bürgerliche Regierung und gegen die Bourgeoisie überhaupt einstellt. Die außerparlamentarische Offensive der Bourgeoisie, geführt und getragen durch den Faschismus, findet so seitens der Sozialdemokratie keinen Widerstand. Infolge der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik wird daher das Proletariat immer weiter zurückgedrängt, werden die Kampfbedingungen für die Arbeiter immer mehr verschlechtert, für den Faschismus immer mehr verbessert.

An die Stelle der Tolerierungspolitik will die Sozialdemokratie nun setzen die offene Unterstützung der Bourgeoisie in Form der Koalitionsregierung, verbrämt mit einigen Bettelknochen für die Arbeiter und einer Sintflut «sozialistischer» Phrasen über Staatskapitalismus als Uebergang zum Sozialismus und dergleichen.

Weder Faschismus — noch Koalition! Kein Bündnis mit der Bourgeoisie kann die Arbeiterschaft vor dem Faschismus bewahren. Denn der Faschismus ist das Hauptinstrument, womit die Bourgeoisie versucht, sich den Weg zu bahnen aus den ungeheuer angeschwollenen Widersprüchen des Kapitalismus. Die Bourgeoisie schließt eine Koalition mit der Sozialdemokratie nicht, um den Faschismus zu liquidieren, sondern um den Faschismus erst recht zu stärken und zur Macht zu führen!

Die erste Vorbedingung für den Sieg über den Faschismus ist der prinzipielle Bruch mit jeder Art von Koalition. Schluß mit der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie! Auf der ganzen Front Uebergang zum Massenkampf gegen die Bourgeoisie, nicht nur parlamentarisch, sondern auch, und vor allem, außerparlamentarisch, all dies auf der Linie des revolutionären Realismus.

Die Initiative dazu muß die Kommunistische Partei ergreifen durch eine die Massen tief aufwühlende Kampagne für die

Arbeitereinhheitsfront.

Die Arbeiter müssen die Kommunistische Partei stärken, müssen sie unterstützen auch im Gemeindevahlkampf. Doch zugleich müssen sie helfen, die Kommunistische Partei zu befreien von ihrer grundfalschen, von ihrer stalinistischen Linie. Nur so kann die Arbeiterschaft den Weg freilegen zur Arbeitereinhheitsfront, zur Einheitsfront der gesamten Arbeiter, zum Kampf gegen die Bourgeoisie, gegen den Faschismus.

Wirtschaftlich muß der Kampf der Massen gehen um folgende Ziele: Schluß mit den Entlassungen, Siebenstundentag ohne Lohnverkürzung, Schluß mit jedem Lohnabbau, Schluß mit jeder Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung! Arbeit und Brot durch Ausbau der Wasserkraft, Elektrifizierung der Bahnen, Straßenbau, Urbarmachung von Oedland, Wohnungsbau! Beschaffung der nötigen Mittel durch Konfiskation des Vermögens aller an der Credit-Anstalts-Gaunerei Schuldigen, durch Konfiskation des Vermögens aller, die den ersten Putsch unterstützten, die den zweiten Putsch vorbereiten, durch Konfiskation des Vermögens der Kirche! Entschädigungslose Aufteilung der so gewonnenen Aecker, Wiesen, Weiden auf die Landarbeiter und landarmen Bauern! Sanierung auf Kosten der Bourgeoisie! Organisation der Wirtschaft nach den Bedürfnissen der arbeitenden Massen der Städte und Dörfer!

Unterstützt die Aktion der Kommunistischen Partei

als Antwort auf die immer neuen Maßnahmen zur Ausplünderung der Massen der Arbeitslosen, Betriebsarbeiter und Werktätigen zugunsten der «Sanierung» des in- und ausländischen Finanzkapitals,

als Antwort auf den immer schärferen faschistischen Kurs,

als Sammlung der Massen zum Kampfe gegen die Entwaffnung der Arbeiterschaft,

als entschlossene Kundgebung des Kampflieben gegen den imperialistischen Krieg, mit dem die imperialistischen Räuber China überfallen haben und mit dem sie die Sowjetunion bedrohen!

Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte!

Politisch muß der Kampf der Massen die Richtung nehmen auf eine Regierung der Arbeiter und notleidenden Bauern, die sich stützen muß auf den Arbeitererrat, den die Arbeiterschaft im Verlaufe des Kampfes bilden müssen!

Schlagt Hitler und Hindenburg!

Sozialdemokratische Selbstenfarrung

Im April 1925, bei der letzten Reichspräsidentenwahl in Deutschland, schrieb die «Arbeiter-Zeitung»:

«Der General Hindenburg ist 78 Jahre alt und daher am Rande, wo sich die geistigen Fähigkeiten des Menschen verflüchtigen. Er hat, ausgenommen daß er in allen Beziehungen ein bornierter Reaktionär ist, von den politischen Dingen keine Ahnung, an der Spitze des Reiches wäre er ein Spott...»

«Er ist ein dummer Monarchist, der an dem elken Gecken in Doorn noch heute mit inbrünstiger Ehrfurcht hängt.»

«Hindenburg zum Präsidenten der Republik zu bestellen, da könnte man ja gleich den Herrn Wilhelm einsetzen!»

«Kein zurechnungsfähiger Mensch zweifelt daran, daß der alte Militär der Aufgabe, die noch im höchsten Maße eine politische ist, nicht gewachsen wäre, daß es letztlich ein Unsinn und Wahnsinn ist, ihn an eine Stelle zu setzen, wo er sich nur lächerlich machen und das Reich unhaltbar schädigen würde...»

Ein Sieg Hindenburgs wäre ein Sieg der Kapitalisten,

Monarchisten und Rechtsputschisten.»

Die AZ druckte damals auch einen Brief ab, den Hindenburg an den Exkaiser geschrieben und selber veröffentlicht hat.

Dieser Brief begann:

«Allerdurchlauchtigster, großmütigster Kaiser, allergnädigster Kaiser, König und Herr! und schloß: «Euer Majestät bitte ich nochmals, ehrenrühriqst versichern zu dürfen, daß ich rein Leben lang in unbegrenzter Treue zu meinem Kaiser, König und Herrn gestanden habe und stehen werde. In tiefster Ehrfurcht und größter Dankbarkeit verharre ich allzeit als Euer Kaiserlicher und Königlichster Majestät allortortänigster von Hindenburg, Generalfeldmarschall.»

Und die «Arbeiter-Zeitung» fügte hinzu: «Kann ein Mann, der sein Leben lang in unbegrenzter Treue zu seinem Kaiser stehen will, den Eid auf die Republik leisten, ohne erbärmlich zu lügen?»

Das ist der Mann, für den die Sozialdemokratie die deutschen Arbeiter auffordert, zu stimmen! So schaut der «Tod und Teufel» aus, mit dem sie sich «gegen» den Faschismus verbündet. In Wirklichkeit ist der Faschismus unter und durch die Reichspräsidentenschaft Hin-

denburgs dank der Sozialdemokratie so emporgeschossen.

«Schlägt Hitler, darum wählt Hindenburg!» ist die Wahllosung der SPD. In Wirklichkeit heißt Hindenburg wählen, dem Faschismus den Weg noch mehr erleichtern als bisher. Brüning hat in seiner letzten Reichstagsrede öffentlich zugegeben, daß seine ganze Politik darauf gerichtet ist, die Faschisten in die Regierung heranzuziehen. In dem die Sozialdemokratie Brüning-Hindenburg unterstützt, hilft sie Hitler zum legalen Eintritt in die Regierung! Der rasche Gang der Ereignisse wird das bald zeigen.

In der deutschen Reichspräsidentenwahl vollendet sich der ungeheure Verrat der Sozialdemokratie an den Arbeitern. Nur der grundfalschen stalinistischen, der KPD dankt es die SPD, daß ihr trotz ihres Verrates von 1925 auch heute noch Millionen deutscher Arbeiter folgen. Nur infolge dieser grundfalschen stalinistischen Taktik durch die ganzen Jahre und auch jetzt bei der Präsidentenwahl kann es die SPD wagen, ihren Verrat so auf die Spitze zu treiben. Der sozialdemokratische Verrat erklimmt in der Hindenburgwahl einen solchen Gipfel, daß ihn eine bedeutende Zahl sozialdemokratischer Arbeiter trotz der stalinistischen Taktik durchblicken und das richtige tun werden, nämlich für den kommunistischen Kandidaten zu stimmen. Die KPD wird also trotz ihrer falschen Taktik ihre Stimmenzahl bedeutend steigern. Allein nicht darauf kommt es an vom Standpunkt der Arbeiterklasse, vom Standpunkt der proletarischen Revolution, daß bloß die Stimmenzahl der KP steige. Sondern darauf kommt es an in der heutigen Lage: die Gesamtarbeiterschaft Deutschlands zusammenzureißen zum Kampf gegen den Faschismus, zur Niederwerfung des anrollenden faschistischen Entscheidungstreiches. An dieser grundlegenden Aufgabe gemessen, die die Lage entscheidend vor die Arbeiterklasse stellt, versagt die KPD durch die Schuld des Stalinismus. Die Gegensätze treiben rasch ihrer höchsten Zuspitzung zu. Indem dadurch die stalinische Schuld kraß sichtbar wird, wird die Gründung der kommunistischen Partei vom Stalinismus erleichtert werden. Die KPD muß die Initiative ergreifen zur Schaffung der Arbeiter-Einheitsfront!

Ueber Schwindeleurepte zur Täuschung der Arbeiter und über die einzige wirkliche Lösung der Wirtschaftskrise

Der Kapitalismus hat zwangsläufig die Produktionsmittel so gewaltig entfaltet und zwangsläufig zugleich die Kaufkraft der Massen so gewaltig gesenkt, daß er nicht imstande ist, seine ungeheuren Warenmassen mit Profit abzusetzen. Das ist die Ursache der Krise. Die Arbeiter, und insbesondere die Arbeitslosen müssen das scharf im Auge behalten, um zu unterscheiden, was Schwindel ist, was ihnen nicht hilft, und was allein ihnen helfen kann.

Die Produktion drosseln, um die Magazine zu leeren, einen Teil der kapitalistischen Konkurrenten vernichten, um wieder einen gewissen Spielraum zu gewinnen für Absatz mit Profit — alle kapitalistischen Rezepte zur Lösung der Krise münden in diese Linie. Diesen Konkurrenzkampf tragen die Kapitalisten aus auf dem Rücken der Werkstätten, vor allem der Arbeiter. Massenentlassungen, Lohnabbau, Steigern der Ausbeutung, Senken des Einkommens der Mittelschichten in Dorf und Stadt sind Kampfmittel, womit die kapitalistischen Räuber diesen Kampf untereinander austragen, ihn schließlich steigend bis zum imperialistischen Krieg.

Auch die sozialdemokratischen Rezepte zur Lösung der Krise münden ein in die kapitalistische Linie. Verstummt ist der Jubel der Sozialdemokratie über die kapitalistische Rationalisierung, über den organisierten Kapitalismus, der weitere Krisen ausschließt, verstummt ihr Gejauchze über den stabilisierten Kapitalismus. Heute plaudert Otto Bauer frisch-fromm über die kapitalistische Fehlrationalisierung und tut all das als Schwindel ab, was die «Arbeiter-Zeitung» selbst den Arbeitern durch Jahre als sozialdemokratische Wahrheit vorgesetzt. Heute

kommt die Sozialdemokratie den Arbeitern mit allerneuesten Rezepten.

SP-Rezept Nr. 1: Weg mit dem Wahnsinn der Hochschutzzölle, schafft freien Warenaustausch zwischen den Staaten und das stockende Blut der Wirtschaft wird wieder zu pulsieren beginnen! **Internationale Zusammenarbeit an dem Wiederaufbau der Weltwirtschaft** und die Krise wird schwinden! (Siehe «A.-Z.» 3. Februar.) Nun, einzelnen Staaten würde die Niederlegung der Zollschranken gewiß helfen. Zum Beispiel Oesterreichs Wirtschaftslage würde dadurch besser werden. Die Politik der hohen Zollschranken ist die Methode der kapitalistischen Räuber, wodurch sie die Krise für sich mildern, die schwächeren Konkurrenten niederringen wollen, um deren Absatzmarkt an sich zu ziehen und so den Spielraum für sich zu vergrößern. Wiederaufbau der Weltwirtschaft, diese Schwindellosung, die die Sozialdemokratie 1918/19 im nationalen Maßstab gab, gibt sie nun im Weltmaßstab.

Manchmal nimmt das sozialdemokratische Rezept diese Form an: Beseitigt die Zwergstaaten, diese lebensunfähigen Wirtschaftsgebilde! Die Schaffung größerer Wirtschaftsgebilde an sich beseitigt nicht die Krise. Nach wie vor klafft der Widerspruch zwischen Produktivkräften und dem Absatz mit Profit. **Der Anschluß Oesterreichs an Deutschland** würde gewiß die Lage Oesterreichs und Deutschlands bessern, indem er nämlich die Position vor allem Frankreichs und seiner Vasallen schwächen würde. Doch an dem Gesamtverhältnis zwischen den Produktivkräften und dem Absatz mit Profit würde dadurch nichts Wesentliches geändert. Die «Vereinigten Staaten Europas» würden das Verhältnis zwischen Europa und Amerika ändern, aber die Krise nicht aus der Welt schaffen. Außer es wären «Vereinigten Sowjetstaaten von Europa». Denn da würde im Maßstab Europas mit der Produktion zum Zwecke des Profits, mit der kapitalistischen Produktion Schluß gemacht und übergegangen werden zum Aufbau des europäischen Sozialismus.

SP-Rezept Nr. 2: Langfristige Anleihe für große wirtschaftliche Anlagen, die neuen industriellen Bedarf schaffen, das allein führe aus der Wirtschaftskrise (siehe «A.-Z.», 26. Jänner). Was würden langfristige Riesenkredite ändern an dem Mißverhältnis zwischen Produktivkräften und dem Absatz mit Profit? Sie würden darauf hinauslaufen, daß die Kapitalisten einen Teil ihrer Milliarden, die jetzt brach liegen, weil sie sie mit Profit nicht in Schwung setzen können, dazu hergeben, den Produktionsapparat noch zu vergrößern. Damit würde jenes Mißverhältnis, das die Ursache der Krise bildet, also noch vergrößert werden.

SP-Rezept Nr. 3: Abrüstung! Schluß mit der Produktion von Waffen und Munition! Schluß mit dieser Vergeudung und die Krise ist überwunden!

Wir wollen hier die politische Seite der Frage nicht berühren, daß die Abrüstung nicht zu erzielen ist durch schöne Sonntagspredigten, auch nicht durch Abrüstungskongresse, selbst wenn der sozialdemokratische Held Henderson präsidiert und sogar, wenn Stalin durch seinen Unterschapel Litwinow den pazifistischen Schwindel mitmacht. Die Abrüstung ist durchführbar nur durch die proletarische Revolution.

Hier wollen wir das sozialdemokratische Schwindelargument nur rein wirtschaftlich prüfen. Die Abrüstung ändert nichts an dem Mißverhältnis zwischen Produktivkräften und dem Absatz mit Profit. Im Gegenteil. Wenn statt Waffen, Munition usw. Produktionsmittel erzeugt werden, so wird der Produktionsapparat noch größer, so wird das Mißverhältnis zwischen Produktivkräften und Absatz mit Profit noch verschärft. Die Kriegsproduktion, die Rüstungsproduktion, ist eines der größten Ventile des kapitalistischen Systems. Auf kapitalistischer Grundlage ist die Abrüstung nicht nur unmöglich, sondern sie würde die Krise nur noch verschärfen. Beides, Abrüstung- und Krisenüberwindung, ist nur möglich durch revolutionäre Beseitigung des Kapitalismus.

In neuester Zeit gibt die Sozialdemokratie das Rezept Nr. 3 in verhüllter Form: «Ohne Abrüstung keine friedliche Lösung der Frage der Kriegsschulden und der

Reparationen, ohne Abrüstung daher auch keine Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise Schluß mit den Kriegsrüstungen! Denn die Beendigung des Weltkräftens ist die Voraussetzung jener internationalen Zusammenarbeit an dem Wiederaufbau der Weltwirtschaft (siehe Rezept Nr. 1), ohne die die Krise nicht überwunden werden kann, den Arbeitslosen Arbeit und Brot nicht beschafft werden können (siehe «A.-Z.», 3. Februar).

Kriegsschulden und Reparationen waren ein Mittel der Sieger, die wirtschaftlichen Folgen des Weltkrieges auf die Besiegten abzuwälzen, vor allem auf Deutschland, und für die Sieger den größtmöglichen Gewinn herauszuschlagen. Heute sind sie ein Mittel der Sieger, die wirtschaftlichen Folgen der Wirtschaftskrise von den Siegern, insbesondere von Frankreich, abzuhalten, sie den Besiegten aufzuwälzen, vor allem Deutschland. Die Beseitigung der Kriegsschulden und Reparationen, so wie die Sozialdemokratie es will, würde die Position des deutschen Kapitalismus verbessern, die des französischen verschlechtern, an der Position des Gesamtkapitalismus, an der Weltwirtschaftskrise wird dadurch nichts geändert, außer, daß Frankreich und Deutschland zu jener «Verständigung» hingelenkt werden, die objektiv mündet darin, daß beide zusammen ihre Sanierung versuchen durch — Krieg gegen Sowjetrußland. Nur die Beseitigung der Kriegsschulden und Reparationen durch die proletarische Revolution, ausgerichtet auf die Vereinigten Sowjetstaaten Europas, würde mit dem Kapitalismus auch die Ueberwindung der kapitalistischen Krise in Europa in die Wege leiten.

SP-Rezept Nr. 4: Staatskapitalismus! Das ist die Uebergangsform, die vom Kapitalismus und zugleich aus der kapitalistischen Wirtschaftskrise führt zum Sozialismus! So schreibt die Sozialdemokratie nun neuerlich aus Anlaß des Bankrotts der deutschen Großbanken (siehe «A.-Z.», 23. Februar). Sie will die Arbeiter darüber hinwegtäuschen, daß der kapitalistische Staat hier mit ihrer Hilfe in Form einer riesigen Bankenfusion die deutsche Finanzbourgeoisie mit 800 Millionen Mark aus den Taschen der deutschen Massen saniert.

Die Ueberwindung der Wirtschaftskrise vollzieht sich nach dem berühmten Automatismus Otto Bauer automatisch: «Der Kapitalismus verreckt» (von selbst nämlich) «die ökonomische Entwicklung

setzt sich durch» (von selbst nämlich) . . . und wir marschieren aus der Krise zum Sozialismus (von selbst nämlich)

Der Staatskapitalismus, von der Bourgeoisie eingeführt, muß und wird die Krise noch mehr verschärfen. Indem er die Produktionsmittel noch mehr konzentriert, steigert er noch mehr das Mißverhältnis zwischen Produktivkräften und profitablen Absatz, welcher letzteren er noch mehr erschwert, indem er die Ausplünderung der Werkstätten noch gewaltiger steigert.

In Wirklichkeit weiß die Sozialdemokratie nicht ein und aus. Was sie vorschlägt, würde im besten Falle im Maßstab eines nationalen Staates, im Maßstab einer nationalen Arbeiterschaft helfen, ohne an der Wirtschaftskrise im Weltmaßstab, an der Lage der internationalen Arbeiterschaft das geringste zu ändern. Ihre einzige Sorge ist, die Massen hinter sich zu halten, um der Bourgeoisie die Atempause, die Zeit zu sichern, eine kapitalistische Lösung herbeizuführen. Alle sozialdemokratischen Rezepte zur Ueberwindung der Krise sind Schwindel. Sie laufen alle darauf hinaus, der Bourgeoisie zu ermöglichen, die Krise auf kapitalistische Weise zu überwinden, ihr zu helfen, neuerlich einen gewissen Wirtschaftsaufschwung kapitalistisch zustande zu bringen. Das stärkste Rezept zur zeitweiligen Ueberwindung der Krise der imperialistische Krieg ist, so laufen alle sozialdemokratischen Rezepte ihrer Auswirkung nach darauf hinaus, dem imperialistischen Krieg den Boden zu ebnet. Das pazifistische Geschrei der Sozialdemokratie darf darüber nicht täuschen.

Es gibt nur einen einzigen Weg, die Ueberwindung der kapitalistischen Wirtschaftskrise wirklich in die Wege zu leiten: die proletarische Revolution im Bündnis mit Sowjetrußland ausgerichtet auf die Schaffung der Vereinigten Sowjetstaaten Europas.*

*) Wir haben hier nur die Frage der Ueberwindung der Krise behandelt. Eine Linderung der Krise kann von den Massen erkmtpft werden, insbesondere, indem sie durch Massenkampf eine Verkürzung der Arbeitszeit erzwingen. Aber Verkürzung des Lohnes . . . in solchen Staaten, wo die Kirche ein großes Vermögen besitzt wie in Oesterreich, ist die entscheidungslose Entleerung des Kirchenvermögens ein Mittel zur Linderung der Krise für breite Massen. Die entscheidungslose Aufteilung des Besitzes der Kirche an Feldern, Wäsen, Weiden auf Landarbeiter, Dorfarmut, Kleinbauern ist zugleich eines der geeignetsten Mittel, das notwendige Bündnis der Arbeitermassen mit den Dorfmassen herbeizuführen.

Die Wurzel der 'Roten Einheitsfronttaktik'

Rote Einheitsfront! Einheitsfront aller revolutionären Arbeiter! Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei! Das ist die Hauptlosung, die der Stalinismus jetzt den kommunistischen Parteien gibt. Ist die Partei imstande, mit diesen Losungen die großen Massen des Proletariats in der Richtung zum revolutionären Kampf zu mobilisieren? Es ist an dieser Stelle bereits auseinandergesetzt worden (siehe Nr. 95), daß dies nicht der Fall ist und auch nicht der Fall sein kann. Durch die bloßen Methoden der direkten Propaganda und Agitation kann die Partei bestenfalls die vorgeschrittene Minderheit der Arbeiterklasse für den revolutionären Kampf gewinnen.

Wer ehrlich glaubt, mit diesen Methoden allein die Aufgabe zu lösen, die sich die Leninsche Einheitsfronttaktik stellt, nämlich die großen Massen für die proletarische Revolution zu gewinnen, der begeht zwei Fehler. Zunächst einmal idealisiert er unbewußt den Kapitalismus, indem er den ungeheuren Druck der kapitalistischen Lebensbedingungen auf die Erkenntnisfähigkeit der Massen unterschätzt. Die Lebensbedingungen, denen der Kapitalismus die Massen unterwirft, wirken wie eine gigantische Walze, die unaufhörlich hin und her fährt über das ganze Sein und Denken der Massen. Mit den Methoden der direkten Propaganda und Agitation kann die KP die Wirkungen der kapitalistischen Walze durchbrechen nur bei dem vorgeschrittenen Teil der Arbeiterschaft. Diesen Teil kann sie mit den Methoden der Propaganda und

Agitation überzeugen von der Notwendigkeit des revolutionären Kampfes, von der Notwendigkeit dieses Kampfes unter Führung der Kommunistischen Partei. Die großen Massen der Arbeiter jedoch für den revolutionären Kampf zu gewinnen, das ist mit bloßer Propaganda und Agitation nicht zu erzielen.

Vor allem aber übersieht jene Auffassung die grundlegende Tatsache, daß zwischen der Kommunistischen Partei und der großen Mehrheit der Arbeiterschaft gewaltige Hindernisse aufgerichtet sind, hinter denen die große Masse der Arbeiter, nach allen Regeln der kleinbürgerlichen Kunst bearbeitet, zurückgehalten wird: die sozialdemokratischen Organisationen.

Die großen Massen für die proletarische Revolution gewinnen kann die Partei nur mittels der Leninschen Einheitsfronttaktik. Diese erzielt die Massenerkenntnis von der Notwendigkeit des revolutionären Kampfes unter Führung der KP durch das Hineinführen der großen Massen in die lebendige Erfahrung des Kampfes der Arbeitereinheitsfront. Die Einheitsfront schafft sie durch Entfaltung einer die Massen tief aufwühlenden Kampagne für vom Standpunkt des einfachsten sozialdemokratischen Arbeiters annehmbare, ihm in der gegebenen Situation als unbedingt notwendig erkennbare Forderungen. Ist der Massenboden genügend aufgelockert, ein wirklicher Massendruck geschaffen, dann richtet die KP im geeigneten Moment ein öffentliches Angebot an die Sozialdemokratische Partei zur Bildung einer Kampfeinheits-

STEIERMARK

Steirische Verwaltung der «Arbeiter-Stimme»: Graz-Eggenberg, Georggasse 46/1. Zuschriften an diese Adresse. Auskünfte, Entgegennahme von Artikeln erfolgt alle Dienstag, 7 bis 8 Uhr abends, im Kommunikkeller, Eggenberg, Rochelgasse 52.

Front gegen den Faschismus

Angesichts der faschistischen Gefahr, die unmittelbar droht, ihren Weg zum Dritten Reich über die eingeschlagenen Schädeldecken der deutschen Arbeiter zu nehmen, vollführt die deutsche Stalin-Bürokratie eines ihrer jämmerlichsten Manöver. Sie schreit hysterisch, daß der Faschismus nur zu schlagen sei, wenn vorher die Sozialdemokratie vernichtet sei.

Wir wissen sehr genau, daß die Sozialdemokratie ein verräunter Lakai der Bourgeoisie ist. Wir kennen die verbrecherische Haltung der SP-Bonzen zur Vergeßung. Aber wir wissen auch, daß die Sozialdemokratie mit dem Faschismus wegen der Gunst der Bourgeoisie in einem scharfen Konkurrenzkampf liegt, also antifaschistisch ist.

Es scheint ganz im Sinne dieser neuen Stalin-Ideologie zu sein, daß man in Graz in sozialdemokratischen Versammlungen Wirbel provoziert, anstatt diszipliniert aufzutreten und den Arbeitern in der Diskussion die Rolle der Sozialdemokratie aufzuzeigen. Jeder Sprengversuch von SP-Versammlungen in der heutigen Situation ist ein Verbrechen an Kommunismus, der durch solche Mätzchen nur noch mehr von der Masse isoliert wird. Hat die Stalin-Bürokratie Sehnsucht zu Wirbeln, so wissen wir ihr gute Gelegenheit: die Kundgebungen der braunen Pest und des Hahnenschwanzes!

Walischs Witzabend

Am 26. Februar sprach die sozialdemokratische Kanone Walisch, der «Linke» von Steiermark, in den Grazer Annensälen. Die Stalinisten,

von der Stalin-Bürokratie mißleitet, schlugen bedauerlicherweise Krach, so daß es gleich am Anfang zu wüsten Raufereien kam, bei denen eine Anzahl Arbeiterwehler ausgiebige Verletzungen von den Schutzbündlern erlitten. Walisch brachte eine Kette von teils guten, teils faulen Witzen über den 13. September und dessen Putschstrategen. Aber kein Wort über die jetzige politische Lage, keine Parole für die kommenden Kämpfe. Er sagte nur: «Wir wollen keinen Kapitalisten aufhängen, wir wollen nur geschlossenen dastehen!» Sein Referat strotzte von Platteien. Nur auf Grund der idiotischen Radautaktik der Stalin-Bürokratie konnte er mit seinen Phrasen lauten Beifall erreichen.

Ein Arbeiter.

Der Schwindel der steirischen Winterhilfe

Die mit großem Geschrei und Tamtam von der Bourgeoisie aufgezogene Winterhilfe hat sich nun in vollem Ausmaß als Augenauswischerei erwiesen. Nicht nur, daß es jämmerlich ist, wenn man Menschen, die vollkommen unverschuldet durch das Verbrechen der Bourgeoisie in Elend und Not gerieten, abgelegte Ausschubware «großmütig» spendet, sondern auch die Handhabung dieser Bettelaktion ist unter jeder Kritik.

Hauszinsgeier

Die Hausbesitzerin Zukal, Graz, Idelhofgasse 31, ist ein Schrecken ihrer Mieter und Pächter. Nicht nur, daß sie phantastische Zinse fordert. Sie ist auch ansonsten sehr reich an ungläublichen Geschäftsmethoden. Ihr voriger Gasthauspächter war ein Mann, dem sie mit allen möglichen Mätzchen nicht ankamte. Er hatte irgendwie vertraglich 5 400.— zu bekommen und wick von dieser Forderung nicht ab. Da Frau Zukal aber das Lokal frei haben wollte, ohne Geld auszugeben, verfiel sie auf eine geniale Idee. Sie suchte sich jemanden, daß er für sie die 5 400.— berappe. Ein neuer Pächter wurde gesucht und gefunden. Der mußte die 5 400.— bezahlen. Nun glaubte der «Neue», er werde im Laufe der Zeit seinen Sparroschen wieder einbringen. Aber er hatte nicht mit Zukals Geschäftstüchtigkeit gerechnet. Nachdem er für die Hausbesitzerin bezahlt hatte, ging sie sofort daran, den «Neuen» Inanspruchnahme. Verdrub auf Verdrub, an den Hearen herbeigezogenen Streitereien, Anzeigen bei der Polizei und schließlich Räumungsklagen sollen den Pächter um seinen Sparroschen

bringen und der Zukal zu einem neuen Trinkgeld verheihen. In der Klagebegründung führt die Zukal an, daß nun im Lokal «Plattenebrüder» verkehren, die den «Ruf des Wirtschaftshauses schädigen. Die Arbeiter und Arbeitslosen werden sich jedenfalls die Frau Zukal gut merken. Sie wird sich täuschen, wenn sie glaubt, daß die Proleten ihr Geld auch ihr hintragen werden.

Mehrere Arbeiter der Idelhofgasse.

Stalinismus fürchtet Diskussion

Da wir bei unserer Versammlung die Radautaktik nicht einließen, hauierten sie mit der Lüge: «Die Opposition fürchtet die Kritik der Partei!» Um ihnen rasch Gelegenheit zu freier Aussprache zu geben, luden wir die Zelle Eggenberg mündlich und schriftlich für den 23. Februar zu einem Diskussionsabend über die Probleme des Kommunismus ein. Und siehe da: Alfons, der Stalin-Sekretär von Graz, erwarbte einen Gebietsleitungsbeschuß, daß jeder Stalinist, der zu uns diskutiert kommt, ausgeschlossen wird. Ja, ja! Wer Butter am Kopf hat, fürchtet die Sonne!

Zelle Eggenberg der KP (Opposition).

Stalinmehoden

Am 11. Februar hielt die Grazer Zelle im Gasthaus Gemse, Keplerstraße, eine öffentliche Versammlung ab mit der Tagesordnung: Die faschistische Gefahr und die leninistische Einheitsfront. Die Stalinbureaukraten beschlossen, den Saal vor Versammlungsbeginn zu besetzen und daraus eine Werbeversammlung für sich zu machen. Unsere Sturmstaffel machte die apachistischen Sprengmethoden der Stalinbureaukraten zu nichts. Etwa 25 Stalinisten ließen wir hinein, um ihnen Diskussionsmöglichkeit zu geben. Alfons greuter Kuli, Preiß, ließ seine Leute durch die Gassen gehen und rufen: Keine Versammlung! Nach Hause gehen! Der Erfolg blieb allerdings auch hier aus. Unter dem Vorsitz des Genossen K. Ortner

sprach Genosse Kernmayr anderthalb Stunden. Er schilderte die faschistische Gefahr für die deutsche, für die Weltarbeiterklasse, für unser proletarisches Vaterland, die Sowjetunion. Er bewies die Fehler der Stalinpolitik und ihrer «Roten Front-Taktik» und hielt dem entgegen die Linie Lenins.

Krasser verließ den Saal. Keiner der Stalinisten wagte sich, zu Wort zu melden, obschon jedermann voller Schutz und Redefreiheit garantiert worden war. Fünf Beiräte wurden in der Werbepause gesammelt. Die Versammlung wurde mit größter Disziplin geschlossen.

Lumpen!

Die «Rote Fahne» vom 6. Februar meldet, daß in St. Peter bei Graz «Trozkisten» mit Helmwehrlern einen Arbeiter delogiert hätten. Wir stellen fest, daß dies erlogen ist und jeder Grundlage entbehrt. Das stalinische Bureaukratengesindel versucht auf diese Art, die Parteimitglieder gegen uns zu verhetzen, um sie von der politischen Diskussion mit uns abzuhalten. Aber die Wahrheit ist auf dem Marsch, wir bringen sie an alle ehrlichen Kommunisten trotz aller stalinischer Gaunereien.

K. P. Opposition Bezirksl. Graz.

Achtung! Arbeitslose! Betriebsarbeiter!

Bescheide, Gesuche, Eingaben, Beratung in arbeiterrechtlichen Fragen erledigt vollkommen kostenlos die

Arbeiterrechtsschutzstelle der «Arbeiter-Stimme»

Jeden Donnerstag von 7 bis 8 Uhr im Gasthaus «Tiroler Weinstube», Graz, Idelhofgasse 31

front für die vorgeschlagenen Losungen, in der ehrlichen Absicht, diese Kampfeinheitsfront tatsächlich zu schaffen, bei voller Aufrechterhaltung der organisatorischen Selbstständigkeit beider Parteien und der gegenseitigen Kritik. Die Sozialdemokratische Partei wird dadurch angesichts der großen Massen gezwungen, zu wählen: entweder sie lehnt ab, dann entlarvt sie sich — oder sie nimmt an, dann kommen wirklich die großen Massen in Schwung für die ihnen einleuchtenden Losungen. Jeder Versuch, diesen Kampf der Massen dann irgendwie zu sabotieren, entlarvt die SP vor den Massen in der lebendigen Erfahrung des Kampfes. Zu dieser Sabotage wird die Sozialdemokratie in einem gewissen Moment übergehen, weil ihr kleinbürgerlicher Charakter sie unvermeidlich in Widerspruch bringt mit den proletarischen Interessen der kämpfenden Massen. Haupt-sorge der SP bleibt, die Maske für jede Sabotage zu finden. Aber auch das durchkreuzt die KP, indem sie die leninische Einheitsfronttaktik richtig anwendet.

Nicht «Rote Einheitsfront!», sondern «Arbeiter-Einheitsfront!», ist die leninische Lösung. Nicht von vorne herein «Führung durch die KP!», sondern Initiative der KP zur Schaffung der Arbeiter-Einheitsfront! Die Rote Einheitsfront steht nicht am Anfang, sondern am Ende der leninischen Einheitsfronttaktik, sie ist das Ergebnis ihrer richtigen Anwendung.

Die Lage fordert immer gebietlicher die Zusammenfassung der großen Massen. Das verhindert die SP. Aber der Stalinismus ist es, der die KP daran hindert, die Spaltungspolitik der SP zu durchkreuzen! Die «Rote Einheitsfront» schafft nicht die Einheitsfront der großen Massen; sie zieht einen Teil der Arbeiter an, die große Masse aber läßt sie der SP. Die «Rote Einheitsfront»-Taktik, die sich so radikal gebärdet, ist also Scheinradikalismus: sie ist nicht «rot», sie führt nicht zur «Einheitsfront» und schon gar nicht zur «Roten Einheitsfront». Indem der Stalinismus die Partei auf die Methoden der direkten Propaganda und Agitation beschränkt, geht er — der Auswirkung nach — der grundlegenden Aufgabe, die großen Massen für die Revolution zu gewinnen, aus dem Weg. Der Stalinismus hindert so die Partei, die großen Massen zu gewinnen, er

isoliert sie von den großen Massen. Die Taktik der «Roten Einheitsfront» entpuppt sich als «Einheitsfronttaktik» des scheinradikalsten Bürokratismus. Der Kampf um die leninische Einheitsfronttaktik ist zugleich Kampf um die Ueberwindung des Sektenscharakters der Partei, Kampf um die Ersterhebung der kommunistischen Massenpartei.

Kommt die Stalin-Führung zufällig zur Taktik der «Roten Einheitsfront»? Keineswegs! Beschränkt sich die Partei nicht auch in anderen Fragen auf die Methoden der direkten Propaganda und Agitation? Prüfen wir das an der Frage Sowjetrußlands. Worauf laufen alle Artikel, Lichtbilder, Photos der «Roten Fahne» über den russischen Aufbau hinaus? Kurz gesagt, rufen sie den Arbeitern zu: «Seht, das alles geschieht in Rußland! Kommt, helft, kämpft mit!» Ist es gut, daß die Partei so spricht? Ja, das ist richtig und gut. Aber genügt das? Nein, das genügt nicht! Auch hier reichen die Methoden der direkten Propaganda und Agitation nicht aus: sie müssen grundlegend verknüpft sein mit einer solchen revolutionären Politik, die international und realistisch das Schicksal der österreichischen Arbeiterklasse durch lebendige Kampferfahrung mit dem Schicksal des russischen Proletariats, der russischen Revolution verbindet! Auch hier also ist notwendig der Schritt vorwärts von den Methoden der bloßen Propaganda und Agitation zu der leninischen Einheitsfronttaktik! Denn nur diese scharft immer größere Massen um die KP, befähigt sie so zum Kampfe um die Diktatur des Proletariats und schafft so die denkbar lebendigste und stärkste Verknüpfung des Schicksals der österreichischen Arbeiterklasse mit dem der russischen! Wir sehen also: auch in der Kardinalfrage Rußlands selbst versagt der Stalinismus.

Worin wurzelt diese Unfähigkeit nicht nur der österreichischen, sondern jeder Stalin-Führung? Letzten Endes in der nationalstalinistischen Grundlinie des Stalinismus, in der Grundlinie des Aufbaues des Sozialismus «in einem Lande!» Denn trotz aller Worte, trotz aller Tiraden, bedeutet diese Grundlinie letzten Endes: Verzicht auf die Weltrevolution! Wer den Sozialismus «in einem Lande» aufbauen will, verzichtet auf die Weltrevolution. Wer glaubt, «in einem Lande» den Sozialismus aufbauen zu kön-

nen, für den ist die Weltrevolution keine Notwendigkeit mehr, der braucht die Massen außerhalb dieses gelobten Landes nur zur Unterstützung des Werkes in dem gelobten Lande, aber die Weltrevolution der Massen braucht er notwendigerweise nicht. Bis einmal im gelobten Land der Sozialismus aufgebaut ist, dann wird das gelobte Land die Massen außerhalb der gelobten Grenzen befreien. Dazu ist weder jetzt noch später die Weltrevolution nötig. Unumgänglich notwendig ist nur der Sozialismus «in dem einen Lande», alles andere wird dann dieses gelobte Land für uns leisten. Der Sozialismus «in einem Lande» ist faktisch und praktisch Verzicht auf die Weltrevolution und enthebt damit die kommunistischen Parteien außerhalb des gelobten Landes, das heißt, außerhalb Rußlands, faktisch und praktisch von der Notwendigkeit der Gewinnung der Massen für die Revolution.

Durch die stalinische «Generallinie», durch die Linie des Aufbaues des Sozialismus «in einem Lande», durch die sich daraus ergebende «Rote Einheitsfronttaktik», isoliert der Stalinismus Sowjetrußland von der Weltrevolution, das russische Proletariat vom Weltproletariat, die kommunistischen Parteien in den außer-russischen Ländern von den proletarischen Millionenmassen.

Die Wurzel der Taktik der «Roten Einheitsfront» liegt nicht in der zweifellosen Unfähigkeit der Thälmann, Kopenig und Co., sondern — in der Grundlinie, in der stalinischen «Generallinie». Uebergang auf die Linie der leninischen Einheitsfronttaktik, Uebergang auf die Linie der Weltrevolution! Dazu ist unumgänglich notwendig die entschiedene Abkehr von der stalinischen Grundlinie des Aufbaues eines nationalen Sozialismus. Nur im Kampf gegen den Stalinismus und seinen Trägern, die Stalin-Bürokratie, nur im Kampf gegen die «Rote Einheitsfronttaktik» des bürokratischen Sektierertums, nur im Kampf für die leninische Einheitsfront, für die leninische Linie, für die leninische Gesundung der kommunistischen Partei, der Kommunistischen Internationale, kann das erzungen werden. Dafür zusammen mit der Linksoption zu kämpfen, ist Aufgabe aller ehrlichen Kommunisten, aller ernstlich revolutionär eingestellten Arbeiter, ja, aller Arbeiter überhaupt. O. R.

Stalinistischer Pallawatsch

Pallawatsch Nr. 1: «Was wir brauchen, ist die Einheitsfront aller revolutionären Arbeiter!» schrieb die «Rote Fahne» am 20. Jänner. Also behäufte nicht die Einheitsfront aller Arbeiter, sondern die Einheitsfront nur der revolutionären Arbeiter. In gleichzeitig verbreiteten Flugblättern riefen die Stalin-Bürokraten auf zur «Kampfeinheitsfront unter Führung der kommunistischen Partei!» Also behäufte nicht nach der Einheitsfront aller Arbeiter, sondern nach der Einheitsfront nur derjenigen, die bereits so weit sind, die Notwendigkeit der kommunistischen Führung anzuerkennen. Dank der jahrelangen stalinistischen Bankrottspolitik sind jedoch die revolutionären Arbeiter und erst recht die Arbeiter, die so weit sind, die Notwendigkeit der kommunistischen Führung bereits anzuerkennen, in Oesterreich in verschwindender Minderheit. Am 20. Jänner verlangt also die Stalin-Bürokratie die «Einheitsfront» unter — Ausschluss der gewaltigen Mehrheit der österreichischen Arbeiter.

Pallawatsch Nr. 2: Unter dem Druck unserer Kritik schreibt die «Rote Fahne» am 7. Februar: «Rote Einheitsfront, das bedeutet die Vereinigung aller Arbeiter, aller Ausbeuteten gegen die Kapitalisten... Die Rote Einheitsfront will alle Arbeiter ohne Unterschied ihrer Organisationszugehörigkeit umfassen.» Wir haben in Nr. 95 ausführlich bewiesen, daß die Stalin-Beamten da lediglich die Worte etwas geändert haben, um den stalinistischen Unsinn der «Roten Einheitsfront» etwas besser zu maskieren und — ihn weiter fortzusetzen.

Pallawatsch Nr. 3: Eine Woche später, am 14. Februar, ruft die RF bereits wieder zurück zur «Roten Einheitsfront» unter Führung der kommunistischen Partei! läßt aber die Lösung der «Roten Einheitsfront als Einheitsfront aller Arbeiter!» scheinbar weiterbestehen. Am 14. Februar also lassen die Stalin-Beamten die Partei kämpfen unter zwei einander widersprechenden Losungen: die eine Lösung will die Einheitsfront aller Arbeiter — die andere Lösung will die Einheitsfront nur derjenigen Arbeiter, die bereits so weit sind, die Notwendigkeit der Führung durch die KP anzuerkennen.

Pallawatsch Nr. 4: Eine weitere Woche später, am 21. Februar, gibt die RF im Leitartikel drei Definitionen der Einheitsfront:

«Es ist die Einheitsfront aller revolutionären Arbeiter...»
 «Es ist die Rote Einheitsfront unter Führung der kommunistischen Partei!»
 «Es ist die gemeinsame Rote Einheitsfront der revolutionären Arbeiter aller Parteien und der parteilosen Arbeiter!»
 Die Stalin-Bürokratie unterscheidet darnach die parteimäßig organisierten und die parteilosen Arbeiter: Von den parteimäßig organisierten Arbeitern will sie in die «Rote Einheitsfront» nur die revolutionären Arbeiter. Dagegen von den parteilosen will sie in die «Rote Einheitsfront» alle, ob sie revolutionär sind oder nicht. Warum die nicht revolutionär Eingestellten von den Parteiloosen in die «Rote Einheitsfront» gesammelt werden sollen, die nicht revolutionär Eingestellten von den parteimäßig organisierten Arbeitern aber nicht, das ist stalinistisches Geheimnis. Es wäre sehr

gut, wenn die hohen Herren der Stalin-Bürokratie geruhten, uns Armen im Geist darüber eine Belehrung herabzulassen... Im Gegensatz dazu forderte die RF am 9. Februar die «Herstellung der Einheitsfront der revolutionären sozialdemokratischen Arbeiter mit den kommunistischen Arbeitern sowie allen revolutionären Parteilosern» Einmal so, das anderemal das Gegenteil, so verlangt es die stalinistische Weisheit...

Und mit diesem stalinistischen Pallawatsch ausgerüstet soll die Partei an die Massen heran. In Wirklichkeit wird sie gerade dadurch daran gehindert. Denn jeder Arbeiter, der halbwegs denkt, sieht hier eine Linie, eine Führung, die selbst nicht weiß, was sie will, also nicht instande ist, zu führen.

Kommunistische Jugend gegen „Kaderfrage“

Die Kommunistische Jugend hat für die Kaderfrage der Stalinbureaukratie kein Verständnis. Also wurde von den Stalinfeldwebern gegen sie ein «Kampfprogramm» losgelassen (siehe «Rote Fahne» vom 24. Februar). Darin heißt es unter anderem: «Mit bolschewistischer Selbstkritik wies das Plenum auf die Schwächen und Fehler der Kommunistischen Jugend hin. Der Verband muß immer noch als sektiererisch bezeichnet werden... Der Verband verstand nicht die Organisierung von Kämpfen...» «Verbunden mit der Selbstkritik der bisherigen Arbeit wurde eine starke Reinigung, Verjüngung und Auffrischung der Leitung des Jugendverbandes vorgenommen...»

Die Kommunistische Jugend, gebunden an den politischen Blödsinn, den ihr die Kopleinig u. Co. namens und im Auftrage des unfehlbaren Pabst-Giganten Stalin als «Linie» geben, kann selbstverständlich nicht vorwärts kommen. Aber schuld daran ist natürlich nicht die stalinpöpstliche «Generalinie» und nicht die Stalinbureaukratie, sondern schuld ist — «die Jugend», «der Jugendverband», schuld sind — «die Jugendlichen», «die Leitung des Jugendverbandes».

Nach der stalinischen «Kaderfrage» sollen die alten, verkalkten Elemente in allen Leitungen und Funktionen entfernt und ersetzt werden durch «junge, frische» Elemente. Nun, jüngere, frischere Elemente als im Kommunistischen Jugendverband stehen der Partei überhaupt nicht zur Verfügung. Und doch sind diese jungen und frischen kommunistischen Elemente gegen die Kaderfrage! Wie ist dieser Widerspruch zu erklären? Sehr einfach. Die Kaderfrage will etwas ganz anderes. Sie spricht von jungen und frischen Kräften, in Wirklichkeit will sie ohne Rücksicht auf das Alter vor allem und nur politisch unerfahrene Elemente, die insbesondere die Vergangenheit der Partei nicht kennen, vor allem nicht die Geschichte des neun Jahre währenden stalinistischen Bankrott-Giganten. Trotz ihrer Jugendsitzen in der Leitung des Kommunistischen Jugendverbandes immerhin Genossen, die wenigstens einen Teil dieser neun Jahre, wenigstens die Geschichte der letzten Jahre mitgemacht und denen daher auf Grund ihres Erlebens die ersten Zweifel über die Unfehlbarkeit des Kurses der Partei aufsteigen, das ist über die stalinische «Generalinie».

Also werden die wirklichen jungen und frischen Kräfte des Kommunistischen Jugendverbandes als «verkalte» entfernt und an ihre Stelle andere gesetzt, die, ob sie nun jünger oder älter sind, von der Vergangenheit nichts wissen und dem Stalinwindel wehrlos ausgeliefert sind. Bis sie nach einiger Zeit selbst genügend Erfahrung gesammelt haben — aber dann sollen auch sie mittels der «Kaderfrage» gespitzt werden.

Arbeiterkulturbund „Spartakus“

Ort: XVI., Koppstraße 47, Gasthaus Panowitz, Tel. U 30-6-58.

Jeden Freitag von 1/8 bis 10 Uhr abends.

13. März. Zusammenkunft 2 Uhr Endstation Sieveking. Treffpunkt 1/4 Uhr Rohrwiese.
20. März. Zusammenkunft 2 Uhr Endstation Neuwaldegg. Treffpunkt 4 Uhr Sophienalpe.

Auf jedem Stadtbahnperron

kannst du die «Arbeiter-Stimme» kaufen. Ferner an folgenden Stellen: Auszahlungsstelle Thaliastraße 42 (Haustor); Trafik: Arbeitergasse 8, Siebenbrunnengasse 41 und 62, Reumannhof,

Es ist an der Zeit, daß auch den Genossen der Kommunistischen Jugend klar wird, daß sie zusammen mit der KPOe (Opposition) kämpfen müssen, um die Partei von diesen Methoden von dieser Linie zu gesunden.

Die Entwicklung der KPOe im Lichte der Stalinpresse

In dieser Rubrik wollen wir registrieren, was die Stalin-Presse über die Entwicklung der Kommunistischen Partei Oesterreichs berichtet.

Am 3. Februar schreibt die «R. F.», die «Bourgeoisie bekomme Angst vor dem Anschwellen der Stalin-Presse in Oesterreich; die heute wie folgt dastehe: 22 Häuserblockzeitungen in Wien und 10 in der Provinz, außerdem eine ganze Reihe reiner Bauerzeitungen, 21 Betriebszeitungen in Wien, 11 in der Provinz und außerdem 17 RGO-Zeitungen. Ferner gibt der Stalinismus in Oesterreich noch heraus ein Wochenblatt, die «Rote Woche», schließlich hat er die Seitenzahl der «R. F.» bedeutend vergrößert und die Konkurrenz auch in Bildern aufgenommen mit dem Sensationsorgan der Sozialdemokratie, dem «Abend».

Am 9. Februar bezeichnet die «R. F.» den Wiener «Einheits-Kongreß» als «eine geschichtliche Tagung», die eine ungenehme Wende in der Geschichte Oesterreichs einleite... Am 8. Februar hatte sie berichtet, daß «59 Betriebe» diese «geschichtliche Tagung» besichtigt hätten.

«R. F.», 21. Februar: «... Vormarsch... Wir sammeln die Massen... Die Rote Hilfe hat 4000 neue Mitglieder und 460 neue Funktionäre.»

«R. F.», 24. Februar: «Seit dem 11. Parteitag einen bedeutenden Vormarsch zu verzeichnen.»

«R. F.», 25. Februar: «Der Vormarsch des Kommunismus geht auf der ganzen Linie vor sich.»

«R. F.», 26. Februar: «Wir marschieren... Die Rote Versammlungswelle beginnt... Unser siegreicher Vormarsch in Oesterreich wird unaufhaltsam weiter gehen.»

«R. F.», 28. Februar: «Unser Vormarsch in Graz ist nicht mehr zu halten...»

«R. F.», 28. Februar: «Das revolutionäre Proletariat beginnt sich in Massen unter unserer Führung zusammenzuschließen... die wachsende Kommunistische Partei... sie entwickelt sich politisch und organisatorisch im raschen Tempo mit der Richtung zur bolschewistischen Massenpartei Oesterreichs... Stetiger Aufstieg der KPOe... Wachsendes Vertrauen der österreichischen Arbeiterschaft zur KPOe... Wachstum unserer Partei von Vierteljahr zu Vierteljahr... Unser Vormarsch vollzieht sich in stets wachsendem Tempo... Die Wiener Organisation bietet «kein so einheitliches Bild» (gut gesagt)... Die Entwicklung der Gesamtpartei zeigt die still ansteigende Mitgliederkurve, die das Zeichen ist revolutionärer Geschlossenheit und revolutionären Kampfesmutes... Dieser Vormarsch ist in der Tat gewaltig, ein wahrer Vormarsch-Gigant, Merkwürdig, daß die Sozialdemokratie davor so wenig Angst hat. In ihrer Witzbeilage vom 28. Februar macht sich die «Arbeiter-Zeitung» lustig über den «Massenzustrom zur Kommunistischen Partei Oesterreichs, der in der letzten Zeit besonders heftig war»...»

Würstel-Stalinismus

Am 25. Februar wurde in Linz beim Arbeitslosenamt das Mitglied der Kommunistischen Partei Zeller von einem Heimwehrbanditen blutig geschlagen. Sein eigener Stalin-Genosse Keplinger aber schaute zu, ohne zu Hilfe zu eilen, wie der Heimwehrmann Zehnhofer dem Genossen Zeller mit voller Wucht das Auge blutig schlug. Zeller wurde beide von einem Wachmann auf den Wachtposten geführt. Als man den Keplinger dort fragte, warum er Zeller zur Notwehr nicht beigesprungen, erklärte Keplinger, er könnte den Würstelstand verlieren, wenn er Zeller geholfen hätte! Also ein feiner, echt stalinistischer Würstelheld ist dieser Keplinger: er läßt seinen Parteigenossen von dem Faschisten blutig schlagen. Die Würstel sind dem Stalinisten lieber wie der Parteigenosse. Doch wenn es gilt, loszuschlagen gegen die «Arbeiter-Stimme», da ist der Würstel-Stalinist dabei, aber die Faschisten fürchtet er.

Würstel-Stalinist Keplinger, der vor dem Arbeitslosenamt einen Würstelstand aufgestellt

hat, ist jener Mann, der unseren Genossen habe, der dort die «Arbeiter-Stimme» verkauft, beständig beständig. Deswegen halten wir es für notwendig, den oben geschilderten Vorfall der Arbeiterschaft zur Kenntnis zu bringen. So wie der Würstel-Stalinist Keplinger handeln übrigens seine Vorbilder, die Stalin-Bureauekraten: über alles gehen ihnen ihre Würstel, das ist ihr Gehalt.

Ortsgruppe Linz KPOe. (Opposition).

Auch eine

Die «Rote Fahne» vom 28. Februar berichtet über eine SP-Versammlung, worin die Referentin Hee Kulfz auf eine unerhörte Kommunistenhetze trieb. Die RF verpöcht jedoch, den Lesern zu berichten, wer diese Referentin eigentlich ist. Diese Dame hat, zusammen mit ihrem Gemahl — beide sind jetzt wohlbezahlte Beamte der Sozialdemokratie — eine ziemliche Rolle gespielt in den Fraktionskämpfen der Kommunistischen Partei. Sie waren bis 1922/23 in der Tomana-Fraktion als Protektionskinder und Berater, insbesondere des lammernschen Koritschoner, höchst aktiv tätig. Als 1923 die Verführung über den Beutel von Stalins Gnaden von der Tomana-Fraktion übergang auf die Mittelgruppe (Kopleinig-Fraktion), avancierten die Kulfzars zu Generalstäblern des Sekretär-Generals Kopleinig, dieses Armin im Geiste. Die Kulfzars waren immer die Ultralinken unter den Ultralinken und, wie sich versteht, immer im Kampfe gegen uns. Heute sind sie im Solde der Sozialdemokratie, angeheilt für das Spezialfach: Kommunistenhetze. Sie sind nun den Weg etwas rascher gegangen, auf dem ihnen noch viele von dem Geschmeiß der Stalin-Bürokratie nachfolgen werden.

Sozialdemokratie und Stalinismus

Unter dem Titel «Trotzki gegen die Kommunisten» sucht die «Arbeiter-Zeitung» Trotzki's Argumente auszunützen zur Verhetzung der kommunistischen Arbeiter gegen die Linksoption. Trotzki's Argumentation wendet sich niemals gegen die Kommunisten, sondern immer gegen den Stalinismus, weil dieser durch seine grundfalsche Linie die Anstrengungen der Kommunisten zu Schanden macht und insbesondere durch seine Politik jetzt in Deutschland die proletarische Sache, die Kommunistische Partei außerordentlich schädigt.

Wer ist revolutionär?

«Einheitsfront aller revolutionären Arbeiter» schreien die Stalin-Beamten. Daran schrieb die «Arbeiter-Stimme». Die revolutionären Arbeiter sind dank eurer Politik eine verschwindende Minderheit. Da ließen die Stalin-Beamten austrompeten, jene Lösung wende sich an alle Arbeiter, denn «fast alle österreichischen Arbeiter seien revolutionär, opferwillig, kampfgewillt. Nun, opferwillig, kampfgewillt sind die österreichischen Arbeiter in der Tat. Aber sind sie deshalb revolutionär?»

Revolutionär eingestellt sind nur jene Arbeiter, die grundsätzlich auf dem Boden des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie stehen. Die erste Voraussetzung der wirklichen Klassenkampfeinstellung aber ist das grundsätzliche Ablehnen, Bekämpfen jeder Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie unter allen Umständen.

Diejenigen, deren Unzufriedenheit mit der SP-Politik sich soweit gesteigert hat, daß sie mehr oder weniger klar gegen die Koalitionspolitik als die politische Wurzel des sozialdemokratischen Verrates aufzugehen beginnen, kann man als revolutionär gestimmte Arbeiter bezeichnen.

Erst bis sich der revolutionäre Arbeiter von der bloß negativen Ablehnung der Koalitionspolitik durchdringt, positiv zur Linie des bewaffneten Aufstandes, zur Linie der proletarischen Diktatur und die unumgängliche Notwendigkeit der führenden Rolle der Kommunistischen Partei klar erfährt, wird er Kommunist.

Die Einheitsfront nur auf die revolutionär gestimmten oder gar nur auf die revolutionären Arbeiter zu beschränken, heißt praktisch die gewaltige Mehrheit der österreichischen Arbeiterklasse von sich stoßen. Da der Faschismus mit dieser kleinen Minderheit nicht zu besiegen ist, so bedeutet die Taktik der «Roten Einheitsfront» bei der gegebenen Lage ihrer Auswirkung nach die Kapitulation vor dem Faschismus.

Wieso kommt es, daß die Parteimitgliedschaft das nicht durchblickt? Weil der Stalinismus mit seiner Gesamtpolitik, mit seinen damit zwangsläufig verbundenen organisatorischen Methoden (Kaderfrage usw.) die Partei führt zu einem umgekehrten Austeuprozeß. Durch die Schuld des Stalinismus zieht sie nicht die erfahrensten Arbeiter an. Umgekehrt: sieht man von denjenigen ab, die nur Parteistellung oder Derustraposen und dergleichen suchen oder aus menschlich berechtigten Gründen nur als Rußlandfahrer kommen — die Zahl dieser rein persönlich Interessierten ist nicht gering — so stoßen zur Partei durchaus ehrliche opferwillige, kampfgewillte, aktive, jedoch politisch unerfahrene Arbeiter. Indem die Stalin-Bureauekratie noch dazu die politisch halbwegs vorgeschrittenen Arbeiter als «verkalte» aus der Partei drängt, verschärft sie jenen umgekehrten Ausleseprozeß noch mehr. Nur auf der Basis dieses verkehrten Ausleseprozesses kann der Stalinismus seine Pallawatschpolitik fortführen, können die Stalin-Bureauekraten sich trotz ihres politischen Bankrotts oben halten. Darum ist eine der Grundbedingungen der Parteigesundung, daß wir durch ausdauernde, geduldige Aufklärungs-

arbeit dem unerfahrenen, ehrlichen Teil der Parteimitgliedschaft helfen, sich möglichst rasch zu politisch klarem, selbständigem Urteil durchzuringen.

Nicht die Führer sind schuld, sondern — die Geführten

Die Arbeiter selbst sind schuld. Dieses Wort ist die letzte Zuflucht aller Opportunisten. So oft die SP mit ihrer Politik im Eck ist, so oft die Massen zu zweifeln beginnen, trommelt sie mit dem «Unverständnis der Massen», der es der armen Sozialdemokratie unmöglich mache, das proletarische Klasseninteresse zu wahren. Darum finden wir dieses Wort beim Stalinismus, und gerade jetzt, da sein Bankrott immer mehr zum Himmel stinkt, berufen sie sich immer öfter darauf. Nicht infolge der S alinischen «Generalinie», sondern einzig und allein infolge der Dummheit der Masse, die ihre eigenen Interessen nicht versteht, komme die KP nicht vorwärts. Die Massen selbst sind schuld. Das ist der Schläger, mit dem auch der Stalinismus trommelt. Leider fallen ihm viele ehrliche Parteimitglieder darauf hinein, indem sie gedankenlos nachapern, die Arbeiter selbst seien schuld. Die Massen sind so, wie sie sind, dank der kapitalistischen Lebensbedingungen, denen die Bourgeoisie sie sie unterwirft, dank der Helferdienste der sozialdemokratischen Lakaien und dank der Zuteilberdienste, die der Stalinismus der SP leistet.

Um was für Grundhebel angesetzt werden, um das Denken und Handeln der Massen zu ändern?

Bei der Bourgeoisie? Normal wird sie ihre Linie aufgeben, die Arbeiter den kapitalistischen Bedürfnissen zu unterwerfen.

Bei der Sozialdemokratie? Nema's wird sie ihre Rolle aufgeben, Lakai der Bourgeoisie zu sein.

Der Grundhebel muß angesetzt werden bei der KP. Schluß mit der Stalinischen «Generalinie», her mit der Linie von Marx und Lenin, und die Massen werden die KP zu verstehen, sich ihr zu nähern beginnen und die KP wird herankommen an die Massen. Wenn sich auf die Dummheit der Massen beruft, ist ein Erschwindler oder ein Erdumkopfer. Wenn die Massen der Stalinischen Politik der KP nicht folgen, so nicht, weil sie etwa dumm wären, sondern weil auch wenn sie den keinen klar formulierten Ausdruck geben — fühlen sehen erkennen, daß die Stalinische Politik, mag sie auch die besten Absichten haben, den Interessen der Arbeiter, den Interessen der Massen nicht entspricht.

Wer sich auf die «Schuld der Massen» beruft, dessen Politik ist — vom Standpunkt der Massen — bestimmt auf Abwegen. Wenn die Massen der Politik der KP nicht folgen, so haben die Kommunisten allen Grund zu schauen, zu prüfen, was an der KP nicht stimmt, was vor allem an der Linie der KP nicht stimmt. Bei gründlichem Ueberdenken werden sie da bald daraufkommen, daß nicht die Massen schuld sind, sondern umgekehrt einzig und allein die Stalinische Linie der Partei. Die Stalinische Politik aufgeben, übergeben zur alten Linie von Marx-Lenin, dann werden die Massen aufschauen, dann werden sie beginnen, die Partei zu verstehen, dann werden sie beginnen, sich der Partei zu nähern, dann wird die Partei zur Massenpartei.

Maul-Gigant Sta'in

Je mehr der Feldweibel-Gigant Stalin vor den Imperialisten in Gent und in der Mandschurien schweifwedelt, desto mehr hat das Großmaul das Bedürfnis, sich als die starke Faust aufzuspielen gegenüber den proletarischen Revolutionären. Also hat der Feldweibel, der vor Kapitalisten schiefte, Trotzki die russische Staatsbürgerschaft entzogen. Es ist eine Geste, bestimmt dazu, vor den kapitalistischen Elementen in Rußland und vor der Weltbourgeoisie Stalins Wildigkeit für kapitalistische Kredite zu unterstreichen. Gegenüber den Kapitalisten schiefen, gegen die proletarischen Revolutionäre die Faust, so schaut er in Wirklichkeit aus, der Mister Stalin.

Wer tiefer blickt, dem signalisiert gerade diese Geste, daß die Unzufriedenheit, der Groll der russischen Arbeitermassen gegen den Stalinismus wächst. Stalin sucht durch eine neue Hetze die gegen die «Generalinie» aufsteigende proletarische Welle zu zersetzen, zu brechen. Doch die Ideen der Linksoption schlagen immer tiefere und breitere Wurzeln in allen Ländern. Auch in Rußland! Je mehr Stalin die Linksoption totsagt, desto mehr beweist er, daß sie lebt und marschiert!

Aus der Opposition

Zentraler Diskussionsabend: Montag, 21. März, in Aumanns Gasthaus, XVI., Hasnerstraße 46, abends 1/8 Uhr.

Bezirksorganisation Ottobring, jeden Freitag im Gasthaus Fassowitz, XVI., Koppstraße 47, abends 1/8 Uhr.

Druckfehler

Im Leitartikel «Wiener Gemeindefwahlen» in Nr. 95, Seite 1, Spalte 4, Absatz 5, hat der erste Satz richtig so zu lauten: «Der Wahlkampf um den Wiener Gemeinderat ist zunächst einmal ein Kampf zwischen zwei verschiedenen Methoden kapitalistischer Politik gegenüber der Arbeiterklasse.»

Legertumer: Kommunistische Partei Oesterreichs (Opposition) — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnstraße Nr. 23a. — Verantwortlicher Redakteur: Max Stipitschitsch, Wien, XVI., Sauntergasse 27. — Druck: «clava», Wien, VII.